

# Armut von Kindern hat sich mit der Einführung von Hartz IV verdoppelt

MdL Matthias Bärwolff: LINKE fordert energische Maßnahmen gegen Kinderarmut

**K**inderarmut bekämpfen – Teilhabe sichern“, so der Titel der Fachtagung, die die LINKE Landtagsfraktion am 17. Februar an der Fachhochschule in Erfurt durchgeführt hatte. Die Situation ist tatsächlich noch immer Besorgnis erregend und für viele Familien, die auf Hartz IV angewiesen sind, geradezu aussichtslos. Angesichts einer Kinderarmutsquote in Thüringen von 25 Prozent – in den größeren Thüringer Städten leben sogar ein Drittel der Kinder in Armut und nach aktuellen Statistiken erhalten 60.000 Kinder im Freistaat Sozialgeld – betonte bei der Eröffnung der sozialpolitische Sprecher der LINKEN, Jörg Kubitzki, die Verantwortung der Politik und die Notwendigkeit von Lösungsansätzen. Das sahen auch die anwesenden mehr als 60 Vertreter aus Familienzentren und Kinderschutzdiensten, von Vereinen und Verbänden sowie Kommunalverantwortliche so.

Die Armutsquote hat sich seit der Einführung von Hartz IV fast verdoppelt. Matthias Bärwolff wies auf die Folgen für die Kinder hin: Schlechter Gesundheitszustand, geringere Bildungserfolge, mangelndes Selbstbewusstsein, Stigmatisierung und Ausgrenzung. Dabei werden in der Bundesrepublik jährlich etwa 80 Milliarden Euro für die Familienförderung ausgegeben – Geld, das armen Kindern gar nicht zugute kommt, wie beim Ehegattensplitting. Die Landesregierung soll endlich den beschlossenen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der Kinderarmut in Thüringen umsetzen, forderte Matthias Bärwolff. Notwendig seien: Kostenloses Mittagessen für alle Kinder, Einführung eines Landesprogramms für die Schulsozialarbeit, Ausbau der Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren, kostenfreier Zugang der Kinder in Freizeit-, Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Ausweitung der Freifahrten in Bussen und Bahnen für alle Kinder bis zum 15. Lebensjahr und eine tatsächliche Lernmittelfreiheit an den Schulen.

Die scharfe Kritik der LINKEN an der Kinderarmutspolitik der Bundesregierung unterstützte auf der Erfurter Konferenz der Magdeburger Kinderwissenschaftler Prof. Michael Klundt in seinem Vortrag. Er nannte die seit Januar vorgenommene Streichung des Elterngeldes für Hartz-IV-Empfänger empörend –

„und empörend, dass sich so wenige darüber empören“. Er sprach von zu erwartenden weiteren Fehlentwicklungen und Verschlechterungen durch das Bildungspaket, das zu einer Bürokratisierung und Kommerzialisierung führen werde. Vielmehr müssten die vorhandenen Bildungs- und Betreuungsstrukturen gestärkt werden.

## Kinderarmut analog zum Reichtum gewachsen

Der private Reichtum in der Bundesrepublik ist auf 6,6 Billionen Euro – das sind 6.600 Milliarden Euro – angewachsen. Inzwischen gibt es 430.000 Millionärshaushalte im Land. Das oberste Zehntel der bundesdeutschen Bevölkerung verfügt über 60 Prozent des Vermögens, die „unteren“ 70 Prozent haben lediglich neun Prozent vom Vermögen. Mit diesen Zahlen hatte Prof. Klundt seine Ausführungen begonnen und betonte: „Die Kinderarmut ist analog dazu angewachsen. Millionen Kindern werden elementare Lebensgrundlagen vorenthalten.“ Mit Hartz IV sei „gesetzlich verordnete Armut

notwendige Bürokratie gefördert. Statt die öffentlichen und freigeinnützigen Träger zu stärken, komme es durch die Kommerzialisierung zur Privatisierung von Sozialstrukturen.

Prof. Klundt kritisierte die „Bildungschancen nach sozialer Herkunft“. Wie Studien gezeigt haben, entscheidet bei gleicher Leistung die soziale Herkunft beispielsweise bei den Empfehlungen für den Wechsel ans Gymnasium. Er sprach zudem vom wachsenden „Sozialrassismus“ und verwies auf die Thesen des Thilo Sarrazin und seine „Volksverhetzung gegen ‚asoziale Unterschichten‘ und ‚Kopftuchmädchen-Produzenten“.

Notwendig sei es, individuelle Ressourcen zu fördern. „Es geht um Rechte und nicht um Almosen“, betonte der Kinderwissenschaftler. Was die



geschaffen worden“.

Mit heftiger Kritik bedachte der Wissenschaftler das geplante Bildungspaket für die Hartz-IV-Kinder. Er befürchte, dass es nicht nur keine Verbesserungen bringen werde, sondern nachhaltige Verschlechterungen. Damit würden nur eine neue Chipkartenindustrie sowie mit über 100 Millionen Euro die dafür

Beteiligung betreffe, so seien nicht immer neue Partizipationsmodelle notwendig, sondern es müssten vielmehr „Formen von Unmut sowie Selbstorganisation und Engagement unterstützt“ werden. Prof. Klundt nannte in diesem Zusammenhang Kinder Gipfel, Schülerstreiks und Kinderrechte ins Grundgesetz.

Da der Erfurter Wissenschaftler Prof. Ronald Lutz krankheitsbedingt nicht referieren konnte, hatte die Mitarbeiterin der Linksfraktion Gabi Ohler es kurzfristig (und mit Bravour) übernommen, zur Resilienz zu sprechen, also darüber, was Kinder mit schwierigen Lebenslagen tatsächlich stark macht – Schutzfaktoren, die von der Gesellschaft bereitgestellt werden müssen, „und zwar dauerhaft“.

Den hochinteressanten Ausführungen am Vormittag schlossen sich Workshops, geleitet von Experten aus der Praxis, an, so zur Kinderbeteiligung in der Kommune, zur Sozialraumplanung oder zur „Demokratie auf dem Acker“, also zur Beteiligung von Kindern im ländlichen Raum.

Annette Rudolph

## KURZ UND PRÄGNANT

### Chaos Polizeireform

Zum Streit über die Polizeistruktur sagte MdL Martina Renner, dass dieser nur zeige, „dass das Innenministerium auch diese Polizeistrukturreform nicht mit offenen Karten angegangen ist. Nun wird auch in der Koalition deutlich, dass die Schaffung neuer Behörden, darunter einer neuen Mittelbehörde, nicht zu einer bürgernahen Polizei führt, sondern zu einem Aufwuchs im höheren und gehobenen Dienst“. Die LINKE Innenpolitikerin kritisierte, dass das Innenministerium, statt zugleich ein Personalentwicklungskonzept und eine Aufgabenanalyse der Polizeidienststellen in Thüringen vorzulegen, versuche, die Idee von einem neuen alten Polizeipräsidium unter Leitung eines politischen Beamten durchzusetzen, dann allerdings drohe „wohl auch diese Polizeistrukturreform im Chaos zu versinken“.

### Kritik an Rasseliste

„Die Kritik der Linksfraktion an der geplanten Einführung der Rassehundeliste wurde bestätigt. Weder eine solche Liste noch eine Größenklassifizierung sind sachgerecht und angemessen, um tatsächlich Beißvorfälle zu verringern“, so MdL Sabine Berninger nach der Anhörung im Landtag. Die Linksfraktion erneuert ihre Forderung, dass Hundehalter – unabhängig von Rasse und Größe des gehaltenen Hundes – in die Verantwortung genommen werden müssen. Eine gesetzliche Regelung sollte an die bisherige Gefahrhundverordnung anknüpfen und einen Sachkundenachweis, eine Haftpflichtversicherung sowie eine Kennzeichnungspflicht aus Gründen der Gefahrenabwehr und des Tiereschutzes enthalten.

### Erlauchter elitärer Kreis

„Der Wissenschaftsstandort Deutschland wird mit den Vorschlägen der Bundesbildungsministerin, Bundesuniversitäten zu gründen, weiter ausgehöhlt“, kritisierte MdL Dr. Karin Kaschuba, und kündigt an dass sich der Landtag auf Antrag der LINKEN mit dem Thema befassen werde. Denn im Grunde gestehe die Ministerin ein, dass sie ihre Verantwortung „nicht für eine grundsätzliche Wissenschaftselite sieht, sondern nur für einen erlauchten elitären Kreis“. Das passe zur Verfasstheit dieser Bundesregierung: „Besserbetuchte und Großkonzerne werden bedient, der Rest ist egal“, monierte die Wissenschaftspolitikerin der Linksfraktion.